Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 216. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 210 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg nehmen die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od deren Raum f. Bezirk 4.— ℳ außerhalb desselben 5.— ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 150 ₰. Reklame-Zeile 12 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 208. | Neuenbürg, Mittwoch, den 6. September 1922. | 80. Jahrgang.

Die Forderung der Stunde.

Wenn ein Volk seine Gütererzeugung auf die Hälfte herabsetzt so steht ihm nur noch halb so viel zum eigenen Verbrauch und zum Eintausch ausländischer Güter, die es ebenfalls seinem Verbrauch dienen, zur Verfügung. Nachdem es sein von früher vorhandenes Vermögen aufgezehrt hat, muß es daher seine Lebenshaltung auf die Hälfte herabsetzen.

Das ist so einfach, so zwingend logisch, daß man, so schreibt der frühere Reichsminister Gothein im B. T., annehmen sollte, auch das größte auf zwei Beinen herumlaufende Hornvieh müßte es einsehen. Aber leider ist das nicht der Fall. Breite Kreise unserer Arbeiter- und Angestelltenschaft, ja selbst der Beamten glauben bei wesentlich verringerter Arbeitsleistung mindestens ebenso leben zu können, wie zu der Zeit, als die Leistung noch eine wesentlich höhere war. Sie lassen sich suggerieren, daß es eben nur nötig sei, entsprechend dem Sinken des Geldwerts ihre Bezüge aufzubessern, und daß dieser Akt sich so lange wiederholen müsse, wie das Geld im Wert sinke. Aus den Erfahrungen, die man in Rußland, in Polen, in Oesterreich und anderswo gemacht hat, haben sie nichts gelernt.

Vor 40 Jahren sagte mir ein 80jähriger, lebenserfahrener, bayer. Mann: „Wenn sie einem noch so gescheiten Menschen täglich dieselbe Dummheit vorreden, so glaubt er sie schließlich doch." Wie oft habe ich mich in den letzten Jahren dieses trauerigen Satzes erinnern müssen, wenn ich die Kämpfe um Verkürzung der Arbeitszeit, Verweigerung von Ueberschichten usw. verfolgt habe! Spielt nicht dabei für die Arbeitnehmer überall der Trugschluß die Hauptrolle, es käme für sie nur auf ihre Entlohnung und nicht auf ihre Arbeitsleistung an!

Die Post arbeitet heute trotz des stark verkleinerten Verkehrsgebiets, trotz wesentlich verringerter Leistungen mit einem Stab von 100 000 Köpfen gegenüber der Vorkriegszeit. Die Revision eines Postamts einer Mittelstadt von 40 000 Einwohnern durch die Ersparniskommission ergab vor kurzem, daß 50 Beamte und 35 Angestellte und Arbeiter dort überflüssig seien, d. h. daß selbst bei strikter Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit der Dienst von einem derart verringerten Personal voll geleistet werden könne. Aber freilich, durchschnittlich 27 Prozent des Personals fehlen ständig wegen Krankheit! Ist es da ein Wunder, wenn trotz aller Portoerhöhungen die Post in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ein Defizit von 11 Milliarden aufzuweisen hat, das weitere starke Portoerhöhung notwendig macht! —

Die Reichsbahnen haben trotz verkleinerten Verkehrsgebiets, trotz verringerter Transportleistungen gegenüber der Vorkriegszeit 300 000 Köpfe mehr Personal. Sie haben sich kürzlich gerühmt, daß es ihnen durch die Tariferhöhungen gelungen sei, das Defizit zu beseitigen und einen Ueberschuß von 2 Milliarden zu erzielen. Aber diese Tariffsteigerungen gehen bei den Güterfrachten weit über den Entwertungsfaktor der Mark hinaus. Betrug dieser im ersten Halbjahr d. J. im Durchschnitt ein Achtundsechzigstel, so waren die Güterfrachten auf etwas mehr als das Hundertfache, für einzelne Waren und Verkehrsbeziehungen auf das 250fache gestiegen. Die 5 Milliarden Ueberschuß, die sich der Verkehrsminister jetzt herausrechnet, werden in kurzem wiederum durch gesteigerte Löhne, Gehälter und Betriebskosten aufgezehrt sein und neue Tariferhöhungen nach sich ziehen.

In Amerika ist man zu einer wesentlichen Verminderung des Eisenbahnpersonals und zu einer — vielleicht zu starken — Herabsetzung ihrer Bezüge geschritten. Darüber ist ein großer Eisenbahnerstreik ausgebrochen, aber er ist bereits im Abflauen. Und indem man gleichzeitig die Frachten um 10 Prozent herabgesetzt hat, werden die Preise aller Waren verbilligt, wird die Produktion erhöht, die Konsumkraft des ganzen Volkes gesteigert. — In Frankreich ist vor kurzem ein Abkommen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern der Textilindustrie getroffen worden, durch das die 52-Stunden-Woche derart eingeführt wird, daß die auf Feiertage (mit Ausnahme der Sonntage) und auf sonstige Tage, an denen nicht gearbeitet werden konnte, entfallenden Arbeitsstunden zusätzlich nachgearbeitet werden, wobei die Arbeitszeit an keinem Tag 10 Stunden überschreiten soll. Die Arbeiterorganisationen waren sich dort klar darüber, daß nur, wenn durch höhere Produktion mehr Ware geschaffen würde und deren Preise damit verbilligt würden, die französische Textilindustrie ihre alte Wettbewerbsfähigkeit wiedergewinnen und die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben werden könnte. — In den Niederlanden ist durch Gesetz die 48-Stunden-Woche wieder eingeführt und das Verfahren von Ueberstunden wesentlich erleichtert worden. Also auch dort hat man eingesehen, daß es unumgänglich notwendig ist, mehr zu arbeiten, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen.

In Deutschland dagegen hat in der gesamten süddeutschen Textilindustrie ein erbitterter Kampf und mehrmonatiger Streik wegen des Versuches stattgefunden, die gesetzliche 48-Stunden-Woche an Stelle der 46-Stunden-Woche zu setzen. Tatsächlich ist es nur in ganz wenigen Betriebszweigen gelungen, die erstere durchzuführen. Im Reichstag hat man ein Gesetz gemacht, für den Steinkohlenbergbau die gegenwärtig zwischen Arbeitnehmer- ud Arbeitgeberorganisationen vereinbarte, noch etwa 1½ Stunden kürzere Schichtzeit als Normalschicht festzulegen, zu dem ausgesprochenen Zweck, dadurch den Boden für das Verfahren von Ueberschichten zu ebnen. Man hat viele Hochöfen löschen müssen, weil es uns an Koks fehlt. Obgleich wir englische Kohle — trotz des riesigen Preises — in großem einführen, die weit über das Maß der Vorkriegszeit hinausgehen. Im Juni und Juli dürften wir allein England für Steinkohle je 40 bis 45 Millionen Goldmark bezahlt haben, während diese Summe in der Vorkriegszeit 15 Millionen Goldmark betrug.

Was von der Kohle gilt, gilt von allen anderen Erzeugnissen. Zunächst von den landwirtschaftlichen. In den kritischsten Erntezeiten Streiks der Landarbeiter. Wenn, wie mir berichtet wird, in diesem regenreichen Sommer plötzlich Haufen streikender Landarbeiter von Dorf zu Dorf ziehen, den Bauern, die das Heu oder den Roggen einfahren wollen, die Pferde ausspannen, die Arbeitswilligen durch Drohungen oder Mißhandlungen von der Arbeit zurückhalten, so verüben solche Leute Hochverrat am deutschen Volke. Was infolgedessen verdirbt, um das wird die Ernährung des Volkes geschmälert; wird — falls es überhaupt eingeführt werden kann —, die Mark weiter entwertet.

Man könnte im Arbeitsverhältnis ohne Akkord auskommen, wenn alle Arbeiter so viel Einsicht und einen so hohen Sittlichkeitsstandpunkt hätten, freiwillig ihre Höchstleistung herzugeben, den Faulenzer oder Säumigen herauszusetzen. Im Krieg, der das Gegenteil eines moralischen Stahlbades ist, und in der Revolution ist aber dieses wahrhafte Solidaritätsgefühl weitgehend geschwunden. Vielfach gilt der Drückeberger als der Kluge, und durch Mindestlöhne wird er mitgeschleppt. Der gewissenhafte Arbeiter empfindet das anfangs mit Scham und Aerger, aber schließlich sagt er sich: „Zu was soll ich mich schinden, wenn man für wenig Arbeit auch seine Bezahlung erhält!" Die wenigen werden sich darüber klar, daß damit die Lebenshaltung des ganzen Volkes herabgedrückt wird.

Unsagbarer, enger Egoismus, ein trauriger syndikalistischer Geist macht sich heute massenhaft breit. „Wenn es mir oder meiner Gewerkschaft nur gut geht, so ist es mir gleichgültig, was aus den andern wird." Da wird darauflos gestreikt, gleichgültig, ob Tausende oder Millionen darüber feiern müssen; ohne Rücksicht auf die Minderproduktion, die im Minderkonsum aller Volksteile, in der fortschreitenden Entwertung des Geldes ihren Ausdruck finden muß. Da wurde der frivole Eisenbahnerstreik inszeniert; da gelang es unverantwortlichen Hetzern — als in Oberschlesien der Aufstand von Polen ins Land getragen und die Kohlenabfuhr nach Deutschland unterbunden wurde — auch auf den Waldenburger Gruben den Streik herbeizuführen, damit nur ja möglichst viel Menschen wegen Kohlenmangels zum Feiern gezwungen waren. So legt heut bei Borsig, morgen bei Siemens irgendeine kleine Arbeitsgruppe die Arbeit nieder und zwingt damit die ganze Belegschaft zum Feiern. Statt ruhiger Verhandlungen und Befolgung unparteiischer Schiedssprüche wird immer gleich zu dem zweischneidigen Mittel des Streiks gegriffen. Wenn eine Statistik aufgemacht würde, wie viel Stunden im Jahr wirklich gearbeitet wurden, so käme man wahrscheinlich noch lange nicht auf einen sechsstündigen Arbeitstag.

Wir stehen in einer wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophe. Glaubt jemand ernsthaft, daß, wenn es zur Revision des Friedensvertrages und zur internationalen Anleihe kommen soll, die Anleihegeber sich dazu bereit finden werden, sie zu geben, solange in unseren öffentlichen Betrieben, vor allem Post und Eisenbahn, nicht minder aber in denen der Länder und der Gemeinden eine solche Menschenverschwendung getrieben wird? Die Eisenbahnorganisationen, die sich gegen die dringendst notwendigen Reformen — bei denen achtstündige Arbeitszeit sogar erhalten bleiben soll — sperren, treiben Bankerotteurpolitik, sägen den Ast ab, auf dem sie sitzen. Sollen wir denn schließlich von der Entente zu dem gezwungen werden, wozu wir nicht selbst die Entschlußkraft aufbringen?

Kann jemand, der für ernst genommen werden will, meinen, daß eine große Anleihe, die doch nicht auf einem Brett, sondern in Raten gezahlt würde, ohne daß wir es verständen, zunächst unsere Handelsbilanz aktiv zu gestalten? Wie aber können wir das, wenn wir gezwungen sind, in größtem Umfang Kohlen und Lebensmittel einzuführen, nur weil wir nicht mehr so arbeiten wie früher!

Wir können eben mit nichts anderem bezahlen, als mit unseren Arbeitserzeugnissen, und es ist elender Lippendienst, Erfüllungswillen mit großen Worten zu proklamieren, aber nicht die Konsequenz daraus in gesteigerter Arbeitsleistung zu ziehen. Demokratie ist nicht nur „Herrschaft des Volkes", sondern bedeutet, im Volk das Verantwortlichkeitsgefühl für diese „Herrscherpflichten" zu erwecken und wachzuhalten.

Deutschland.

Dr. Hermes in München.

München, 5. Sept. Reichsminister Dr. Hermes hat bei der Gelegenheit seines Aufenthalts in München am vergangenen Samstag in einer Ansprache im Münchner Rathaus die finanzielle Notlage der Städte gewürdigt und zugesichert, er werde, soweit es die schwierige Finanzlage des Reiches gestatte, die berechtigten Ansprüche der Gemeinden berücksichtigen. Was den Gemeinden bisher zugewiesen werden konnte, könne gewissermaßen als eine Abschlagszahlung angesehen werden und biete den Auftakt zum harmonischen Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und den Gemeinden. — Dr. Hermes hatte darauf den Neubau des Deutschen Museums besichtigt und dem Unternehmen seine weitere Unterstützung versprochen. Er ist am Sonntag zum Passionsspiel nach Oberammergau gefahren und hat gestern dem Reichsfinanzhof und dem Landesfinanzamt in München einen Besuch abgestattet.

Der Verkehrsbeirat nur für Verdoppelung der Postgebühren.

Berlin, 5. Sept. Der Verkehrsbeirat der Reichspost hat sich nicht dazu entschlossen, die Gebührenerhöhung auf der Basis von 10 Mark für den Fernbrief gutzuheißen. Man hält vielmehr im Augenblick eine Verdoppelung der gegenwärtig geltenden Postkarten-, Brief- und Drucksachentarife für das höchste, was im Interesse des Verkehrs zulässig sei.

Berlin, 4. Sept. Die vom Reichspostminister vorgelegte Ergänzung zu den Entwürfen über die Erhöhung der Postgebühren sieht im einzelnen noch folgende Sätze vor: Postkarten im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 6 Mark; einfache Briefe 4 Mark bezw. 10 Mark, Auslandsbriefe 20 Mk.; Telegrammgebühren im Ortsverkehr pro Wort 3 Mark, im Fernverkehr 5 Mark. Bei den Fernsprechgebühren soll der Zuschlag, der bisher 160 Prozent betrug, auf 700 Prozent erhöht werden. Postanweisungen bis 100 Mark sollen 6 Mark, bis 250 Mark 8 Mark, bis 500 Mark 10 Mark, bis 1000 Mk. 12 Mark usw. kosten.

Das Stinnes-Abkommen.

Berlin, 5. Sept. In politischen Kreisen steht das Wiederaufbauabkommen, das zwischen Stinnes und der französischen Wiederaufbau-Genossenschaft abgeschlossen worden ist, im Vordergrund des Interesses. Es handelt sich um einen Lieferungsvertrag großen Stils, der sich auf die Lieferung von Baustoffen und Materialien verschiedenster Art erstreckt. Es soll sich um insgesamt 190 000 Hausbesitzer handeln, deren Entschädigungsforderungen einen Wert von 18 Milliarden Franken ausmachen. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst verlangt die Einzelheiten des Vertrags zu wissen und richtet an die Reichsregierung die Anfragen: 1. ob bei diesem Abkommen ein Austausch je eines Aufsichtsratsmitgliedes des Stinnesunternehmens und des Generalverbands der Genossenschaften in Aussicht genommen sei, und 2. ob es zutreffe, daß Stinnes für die Vermittlung 6 Prozent beziehe?

Vor der Ankunft der Unterhändler.

Berlin, 5. Sept. Die belgischen Delegierten Delacroix und Bemelman, die gestern ursprünglich in Berlin eintreffen wollten, haben ihre Abfahrt von Brüssel verschoben, so daß die Verhandlungen mit ihnen voraussichtlich am Mittwoch beginnen können. Inzwischen werden die Vorbereitungen in den Reichsämtern fortgesetzt, um die nötigen Unterlagen für die Besprechungen zu schaffen. Auffallen muß aber, daß der englische Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, der ja kürzlich in Berlin war, in der englischen Presse einen Optimismus über den Gang der deutsch-belgischen Verhandlungen bekundet. Er glaubt, daß zur Regelung der schwebenden Angelegenheiten nur wenige Tage notwendig sein würden. Er deutet an, daß im Grunde bereits alles bereinigt sei, daß es sich nur darum handele, den Abmachungen die letzte Politur zu geben. Auch der „Daily Mail" hat ähnliche Nachrichten erhalten und spricht von einem großen Verrechnungssystem zwischen England, Deutschland und Belgien, das gleichzeitig eine Stabilisierung der Mark im Auge habe.

Wenn diese Meldungen richtig sind, dann würden ja die Verhandlungen eigentlich nur rein dekorativ und darauf gerichtet sein, den Völkern Sand in die Augen zu streuen. Vom Auswärtigen Amt werden denn auch die Behauptungen, daß die Dinge schon so weit gediehen seien, dementiert, allerdings nicht mit einer Entschiedenheit, die jeden Zweifel beseitigen müßte. Es kann ja aber richtig sein, daß Bradbury und Mauclere, die im Auftrag der Reparationskommission in Berlin waren, eine ganze Reihe von Vorschlägen durchbesprochen haben, die nachher an dem Widerstande der Franzosen gescheitert sind, und deshalb Bradbury jetzt, wo die Franzosen zunächst ausgeschaltet sind und die Belgier allein das Wort haben, hofft, daß einer von diesen Vorschlägen zum Ziele führt. Die Erledigung würde sich überhaupt nicht allzuschwierig gestalten, wenn eine bestimmte Aussicht bestünde, daß innerhalb des nächsten Halbjahres die Versuche einer großen internationalen Anleihe zum Abschluß kämen. Dann würde eine Erledigung in der Form getroffen werden können, daß die eine Viertelmilliarde an Schatzwechseln, die wir in Gold zu hinterlegen hätten, auf die Anleihe mitverrechnet würde und die Garantie bliebe eine bloße Formsache. Aber die Möglichkeit ist doch immerhin sehr ernst ins Auge zu fassen, daß die Anleihe auch über den kommenden Januar hinaus ein frommer Wunsch bleibt. Dann stünden wir aber plötzlich vor dem Zwang, das Garantieversprechen einzulösen und in irgend einer Form die Geldbeckung aus der Wirtschaft herausholen zu müssen. Dieses Bedenken steht allen Lösungen entgegen. Dies darf keineswegs unterschätzt werden, und wenn jetzt die sozialdemokratische Presse flau zu machen beginnt, indem sie andeutet, daß eine Verständigung mit den Belgiern um jeden Preis gefunden werden müsse, so scheint sie doch nicht ganz klar begriffen zu haben, was kommen wird, wenn dieser Wechsel uns in einem halben Jahre präsentiert wird.

Ausland.

Deutsch-schweizerische Verhandlungen wegen der kritischen Lage der Lebensversicherungsgesellschaften.

Bern, 4. Sept. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung über die in Schwierigkeit geratenen deutschen Lebensversicherungsgesellschaften haben folgendes Ergebnis gezeitigt: Jede unter das Abkommen fallende Lebensversicherung wird in Zukunft geteilt in einen Barbetrag, der bei Fälligkeit sofort zur Auszahlung gelangt, und in einen Betrag, der gestundet und über den ein mit 3½ Proz. verzinsbarer Gutschein ausgefertigt wird. Der schweizerische Versicherungsanteil wird von Deutschland völlig getragen und in Zukunft von der Gesellschaft besonders verwaltet und ab-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gewickelt. Alle Einnahmen der Gesellschaft an Prämien und Zinsen müssen ausschließlich zu Gunsten der schweizerischen Versicherten verwaltet werden zur Deckung des fehlenden Defizits, d. h. zur Sicherung der Zinsen aus den Gutscheinen und deren Tilgung wird ein deutsch-schweizerischer Hilfsfondsschatz in Bern geschaffen, an dessen Leistungen das Deutsche Reich mit zwei Dritteln, die Schweiz mit einem Drittel, höchstens aber mit 33⅓ Millionen Franken Gegenwert beteiligt sein wird. Die Schweiz haftet erst, nachdem das Reich seinerseits seine Zahlungen geleistet hat. Die Rückzahlung der Gutscheine würde in 20 bis 25 Jahren durchgeführt werden können. Als Sicherungen werden auf die Liegenschaften der deutschen Gesellschaften Sicherungshypotheken im Betrage von 20 Millionen Franken verlangt. Die Versicherten werden zu einem Beitrage an die Hilfskommission in dem Sinne herangezogen, daß ihnen von der letzten Gutschein-Rate 15 Prozent des Betrages auf den der Gutschein ursprünglich lautet, zurückbehalten wird. Das Abkommen unterliegt der Genehmigung des Reichstags und der Bundesversammlung.

Das österreichische Problem.

Wien, 4. Sept. Die Reichsparteileitung der Großdeutschen Partei hat heute eingehend die politische Lage erörtert und beschlossen, die Politik der Partei nach wie vor auf den Anschluß an das Deutsche Reich zu richten. Bis zur vollständigen Verwirklichung dieses Zieles sei die Selbständigkeit Deutsch-Oesterreichs unantastbar zu erhalten. Der gleiche Gesichtspunkt habe auch bei Beurteilung der verschiedenen heute noch nicht ausgereiften Möglichkeiten einer Hilfe für Deutsch-Oesterreich maßgebend zu sein.

Handelspolitische Besprechungen mit Italien.

Wien, 4. Sept. Der Handelsattache der Wiener italienischen Gesandschaft, Pietrabissa, der als besonderer Kenner der österreichischen Handels- und Industrieverhältnisse gilt, ist telegraphisch nach Rom berufen worden zur Teilnahme an den handelspolitischen Besprechungen mit Oesterreich und an der von dem italienischen Handelsminister veranstalteten Enquete über das österreichische Problem.

Die griechische Niederlage.

Paris, 4. Sept. Wie der „Temps" im Leitartikel mitteilt, hat die griechische Regierung in einer Unterhaltung, die der griechische Unterkommissar von Smyrna mit verschiedenen Generälen gehabt hat, offiziell wissen lassen, daß sie auf eine völlige Räumung Kleinasiens gefaßt sei. Gleichzeitig habe sie auf eine Anfrage von englischer Seite mitgeteilt, daß sie einen Waffenstillstand mit den Türken schließen möchte, um die Räumung Kleinasiens durchzuführen. Sie habe dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß England ihr in Thrazien Kompensationen verschaffen werde. Zur Begründung ihrer Haltung führte die griechische Regierung nach dem „Temps" an, daß die griechische Armee vom Bolschewismus angesteckt sei.

Eine Reutermeldung aus Athen besagt, daß dort unter der Bevölkerung große Erregung herrsche und daß man allgemein der Ansicht sei, daß sehr wichtige Ereignisse bevorstehen. Der „Daily Telegraph" schreibt, es sei klar, daß die Lage der griechischen Streitkräfte genügend ernst sei, um große Besorgnis bezüglich der Ereignisse in den allernächsten Tagen zu verursachen. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, es seien innerhalb der allernächsten Tage ernste und dramatische Ueberraschungen möglich, sowohl auf dem Schlachtfelde, als auch in Athen. Die in Griechenland herrschende Kriegsmüdigkeit wird diesen neuen Schlag schwer überwinden, und wenn Kemal, wie zu erwarten ist, seine Chance ausnützt, so ist es leicht möglich, daß er der griechischen Armee, die stark nachzugeben scheint, scharf nachdrängt, und in einigen Tagen vor Smyrna steht. In maßgebenden Kreisen in London wird erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna als auch die innere Lage in Athen sehr schlecht sei. Die Stellung der Athener Regierung sei kritisch. Venizelos habe eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukommen. Zahlreiche griechische Blätter fordern den Rücktritt der Regierung.

Ein Appell Poincares an Amerika?

London, 4. Sept. Die „Daily Mail" meldet, in Pariser politischen Kreisen werde behauptet, Poincare werde demnächst eine Note wegen der interalliierten Schulden an die Regierung der Vereinigten Staaten richten und darin um die Mitarbeit Amerikas an der demnächst stattfindenden Schuldenkonferenz bitten. In dieser Note wird Poincare die Finanzlage Frankreichs genau darlegen und insbesondere ausführen, in welcher Weise der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vorgenommen werden könnte. Poincare würde sich bereit erklären, jenen Teil der deutschen Schulden zu streichen, der Frankreich von Groß-Britannien erlassen würde. Ferner würde er bereit sein, alle die Schulden, die Frankreich von anderen Alliierten zu fordern hat, zu annullieren. Falls England diesen Vorschlägen zustimme, erkläre sich Frankreich bereit, in eine Verminderung der deutschen Schuldsumme zu willigen und die Restbeträge, die Deutschland dann noch zu zahlen hätte, mit Großbritannien zu teilen, sobald eine gewisse Priorität für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bewilligt sein wird. Was England von den Reparationssummen erhalte, solle es zur Zahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten verwenden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 5. Sept. (Die wahnsinnige Papierpreissteuerung.) Der Verband deutscher Druckpapierfabrikanten hat mit sofortiger Wirkung eine weitere Preiserhöhung von 75 auf 84 Mark für das Kilogramm angekündigt. Dabei ist dieser neue Preis nur für die erste Hälfte des September bindend. Dies bedeutet selbst für die kleinsten Zeitungen eine weitere monatliche Ausgabe um Zehntausende von Mark. Ueber die Presse bricht der Existenzkampf mit Macht herein. Er kann nur durchgehalten werden, wenn die Leser treu zu ihrem Blatte stehen und ihre Zeitung nicht im Stiche lassen.

△ **Herrenalb**, 5. Sept. Ein angesehener Bürger unserer Stadtgemeinde, Bäckermeister Karl Harzer, durch einen jähen Tod mitten aus treuer Arbeit hinweggenommen, wurde am Sonntage zu Grab getragen. Ehrenvoll war das große Trauergeleite aus Stadt und Land, ehrenvoll die Grabrede des Geistlichen über Römer 12,15, in welcher die aufrichtige Teilnahme und Trauer über das Hinscheiden des seelenguten, unermüdlich strebenden Hausvaters und Bürgers zu ergreifendem Ausdruck kam; ehrenvoll waren auch die Gedenkworte von Hotelbesitzer A. Hauber für den Militärverein und von Bäckermeister A. König für die Kollegenschaft, je unter Kranzniederlegung. Vorbildlich in Pflichttreue, wird das Gedächtnis des Entschlafenen im Segen bleiben.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Sept. (Obermeistertag der Metzger.) Ein Obermeistertag der Metzger, auf dem 52 Innungen vertreten waren, beschäftigte sich mit der Lage im Metzgergewerbe und den Fleischpreisen. Schuld an der Teuerung seien die Aufhebung der Viehkontingentierung bei der Ausfuhr von Schlachtvieh aus Württemberg und die Konkurrenz der auswärtigen Händler, durch die die Preise immer mehr in die Höhe getrieben werden. Auch die Landwirtschaft sei mitschuldig an der Preisgestaltung, denn die Viehhalter hätten sich daran gewöhnt, die Stuttgarter Marknotierungen und die der Häuteauktionen zur Grundlage der Preisgestaltung zu machen. Dennoch müsse gegen die von den Gewerkschaften geforderte Wiedereinführung der Zwangswirtschaft entschieden Front gemacht werden. In einer Entschließung wurde betont, daß das Metzgergewerbe selbst unter der Teuerung leidet, aber der Steigerung der Viehpreise machtlos gegenüber stehe. Die Regierung solle die Preise nachprüfen, ebenso die Viehhandelsscheine, ferner für eine Herabsetzung der Frachten für Vieh und Fleisch eintreten. Von der Landwirtschaft wird erwartet, daß sie der endlosen Steigerung der Viehpreise Schranken setzt. Endlich wurde noch gefordert, daß der Gefrierfleischverkauf sobald als möglich aufgenommen wird. — Die Stuttgarter Metzgergesellen haben Lohnforderungen eingereicht, die bei Gesellen über 24 Jahre 950 (bisher 475) Mark Wochenlohn betragen, dazu freie Kost und Wohnung.

Reutlingen, 5. Sept. (Obstversteigerung.) Bei der städtischen Obstversteigerung wurden für etwa 200 Zentner Mostbirnen und 10 Zentner Zwetschgen 41 600 Mark erlöst. Der Zentnerpreis beträgt also durchschnittlich nicht ganz 200 Mark.

Dunningen OA. Rottweil, 5. Sept. (Das Eiserne Kreuz im Rindermagen.) Als dieser Tage Metzgermeister Vollmer zum Mohren hier ein Rind schlachtete, fand er beim Reinigen des Magens zu seinem größten Erstaunen ein schönes Eisernes Kreuz darin vor. Wie das Tier zu dieser Auszeichnung kam, ist noch nicht aufgeklärt.

Blaubeuren, 5. Sept. (Diebesgesindel.) Dieser Tage wurde von einem Wäschediebstahl in Nellingen berichtet. Dieser Tage wurde nun auch in Sonderbusch eingebrochen und ebenfalls Kleider und Wäsche im Gesamtwert von etwa 2[illegible] Mark gestohlen. Der Dieb „arbeitete" am hellen lichten Tag nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, als niemand zu Hause war, packte seine Beute fein säuberlich zusammen und begab sich [illegible] Blaubeuren. Der Dieb ist von Ermelau und wird verfolgt.

Ravensburg, 5. Sept. (Auto-Unfall.) Das Mittagsauto von Wilhelmsdorf nach Ravensburg geriet in der Nähe von Nessenbach in Brand. Glücklicherweise konnten alle die zahlreichen Mitreisenden ohne Unfall aus dem lichterloh brennenden Auto herauskommen und das Feuer rasch erstickt werden.

Schussenried, 5. Sept. (Abgestürzt.) Der 33jährige Gipser Georg Straub von Gruibingen OA. Göppingen stürzte von einem Neubau ab und verletzte das Rückgrat so schwer, daß er 2 Tage später an seinen Verletzungen erlag.

Waldsee, 5. Sept. (Gefaßter Einbrecher.) In Tenschwenden bei Wurzach hat der Gelegenheitsarbeiter Georg Herler von Altenstadt OA. Geislingen sich bei dem Landwirt Sorberger eingeschlichen und Bekleidungsstücke und Lebensmittel entwendet. Er wurde in seinem Versteck im Hause aber aufgefunden und an das hiesige Amtsgericht eingeliefert.

Baden.

Pforzheim, 4. Sept. Heute früh wollte ein 27jähriger Hilfsarbeiter von Ersingen auf ein Backsteinauto aufspringen, das leer von Ersingen nach Pforzheim fuhr. Er kam zu Fall und ein Rad ging ihm über den linken Unterschenkel. Der Verletzte mußte das Bein abgenommen werden.

Baden-Baden, 3. Sept. Reiche Spenden haben zur Zeit hier anwesende Ausländer gestiftet. So hat Frau Stern Suison aus New-York Herrn Oberbürgermeister Fieser den Betrag von 200 000 Mark für die Neuausstaffierung der Oper „Don Giovanni" von Mozart überwiesen. — Herr M. Rothmann aus London hat dem Herrn Oberbürgermeister den Betrag von 215 671 Mark als Ergebnis einer Sammlung unter Fremden zur Verwendung für wohltätige Zwecke ohne Unterschied der Bekenntnisangehörigkeit der Hilfsbedürftigen überwiesen.

Eberbach, 4. Sept. Auf dem Heimweg von der Arbeitstelle des Iterkraftwerkes nach der Stadt hat der 20jährige Anton Roos aus Robern (Amt Mosbach) in der Nähe des Güterbahnhofes seinem 21 Jahre alten Arbeitskollegen Ludwig Mechler von Schlossau (Amt Buchen) aus reinem Mutwillen einen Dolchstich in die rechte Brustseite beigebracht, der die Lunge verletzte. Der Bedauernswerte schwebt in Lebensgefahr. Roos ist verhaftet.

Radolfzell, 4. Sept. Ein 17jähriger Bursche namens Konrad Weber versuchte im Walde bei Böhlingen ein 13jähriges Mädchen, das Pilze suchte, zu vergewaltigen. Der Unhold würgte das Kind solange, bis es bewußtlos war und trat es dann noch mit seinen Schuhen. An dem Aufkommen des Kindes wird gezweifelt.

Salem am Bodensee, 4. Sept. Im Sägewerk der Salemtal-Werke wurde der 21jährige Karl Böhmann von Bellwangen von der Kreissäge erfaßt und schrecklich zerrissen. Der Schwerverletzte starb im Krankenhaus in Meersburg.

Vermischtes.

An der Schwelle der drahtlosen Telephonentwicklung. Am 1. September ist ohne viel Aufhebens in Deutschland eine Einrichtung in den Betrieb genommen worden, die ungeahnte, geradezu phantastisch zu nennende Entwickelungsmöglichkeiten bietet. Durch die große Telephon-Hauptfunkstelle Königswusterhausen sind zum ersten Male die Telephonrundgespräche abgesandt worden, die an etwa hundertvierzig deutsche Städte mit einer großen Anzahl von amtlichen und Privatteilnehmern gehen. Verbreitet werden fortlaufend deutsche und ausländische Wirtschaftsmeldungen wichtigster Art. Der Vertrieb erfolgt durch die „Eildienst G. m. b. H.", die ihrerseits die Telegraphenverwaltung zu entschädigen hat. Hierdurch ist ein Vorschlag in die Wirklichkeit umgesetzt, den der zielbewußte Organisator dieser Einrichtung, Staatssekretär Bredow, schon im Oktober 1919 der Nationalversammlung gemacht hat. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Erfindung, wie in der Presse bereits mehrfach angedeutet ist, in weit stärkerem Maße ausgebaut. Es besteht dort kein staatliches Monopol. Infolgedessen hat sich eine ganze Industrie gebildet, die täglich drahtlos Musikvorträge, Predigten nach allen Himmelsrichtungen funkt, so daß der Empfänger im fernsten Urwald jeden Ohrenschmaus der Großstadt zu bestimmten Stunden genießen

Dienstmagd ohne Lohn.

Novelle von Otto Hoecker.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Aber du vertust dein ganzes Geld! Mutter hat mir dein Sparkassenbuch gezeigt. Anstatt neue Einträge aufzuweisen, zeigt es vielmehr, daß du schon seit Monaten abgehoben hast — das ist eine Schande."

Er mußte die schnippische Abfertigung einstecken, daß er sich besser um seine Privatangelegenheiten bekümmern und dafür sorgen solle, daß seine Frau später nicht das unbezahlte Dienstmädchen spielen müsse. „Ich habe im Ehestand ein Haar gefunden und laß mich nicht einfangen," stieß sie hervor. Wie ich jetzt lebe, habe ich wenigstens was von meinem Leben. Immer nur Arbeitstier zu sein, wies die Mutter leider stets gewesen ist — nein, ich danke!"

Nur mit Tränen in den Augen konnte Frau Mossfart solche Reden mit anhören. „Kind, was für ein fremder Geist beherrscht dich!" sagte sie traurig. Wenn ein Mann so oberflächlich spräche, müßte man ihn beklagen. Aber du bist meine Tochter, es muß in deinem Herzen doch mehr leben als nur Vergnügungssucht. Kind, bewahre dich der Himmel davor, daß du so lange mit Herzen, die dich lieb haben, spielst, bis du mutterseelenallein in der Welt stehst. Es gibt nichts Schrecklicheres, als einsam und verlassen zu sein!"

Dann fiel Mabel der Mutter in plötzlichem Stimmungswechsel weinend um den Hals. „Mutter, ich weiß selbst nicht, was in mir vorgeht," gestand sie. Aber ich bin nicht schlecht, und was ich treibe, darf jeder sehen."

„Aber der Putz, Kind, der verschlingt so viel Geld! Das war ich früher an dir nicht gewohnt. Du warst immer so einfach in deiner Erscheinung. Nun diese Riesenhüte, die teuren Federn darauf! Du kommst nicht mehr zum Sparen!"

Da schürzte Mabel schmollend die Lippen. „Mußt nicht so sein, Mutter. Wenn man mitmachen will, so muß man auch nach was aussehen, sonst bekümmert sich niemand um uns. Mit dem Sparen hats noch Zeit. Ich bin ja noch jung, und habe ich erst was vom Leben gehabt, dann bin ich die erste, die wieder vernünftig wird."

Sie sah das schmerzliche Lächeln der Mutter nicht; sie war viel zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt, als daß sie es wahrgenommen, wie rasch ihre Mutter im letzten Winter gealtert hatte.

*

„Armer Kerl!" sagten die Farmersleute wohl manchmal hinter Steve her, wenn sie den trüben Ernst, der aus seinen Mienen sprach, mit aufrichtigem Bedauern wahrnehmen mußten. Er arbeitete nun schon seit Jahr und Tag auf der Hühnerfarm, und sie priesen ihr gutes Glück, das ihn zu ihnen geführt hatte. War doch mit ihm, kaum daß er sich in die ihm fremden Verhältnisse eingelebt hatte, reicher Segen ins Haus gekommen. Um so mehr schmerzte das gutmütige Ehepaar die Wahrnehmung des tiefen Leides, das seine Seele verdüsterte.

Wie nahezu alle schwerfälligen Naturen, war auch Steve, sobald er sich über das, was man von ihm verlangte, klar geworden war, ein ebenso gewissenhafter und gründlicher wie unermüdlicher Arbeiter. Nun kam noch dazu, daß er in der Arbeit Vergessenheit fand. Da blieb er keine Zeit für traurige Gedanken übrig, denn sein Gehirn arbeitete zu langsam, als daß darin Raum für mehrere gleichzeitig sich nebeneinander entwickelnde Dinge vorhanden gewesen wäre. Aus dem gleichen Grunde war er auch schon lange vor grauender Morgenfrühe am Werke und gönnte sich tagsüber nicht die geringste Rast.

Bald stellte sich heraus, daß er eine natürliche Veranlagung besaß, die Waren vorteilhaft loszuschlagen, was dazu führte, daß er fortan fast ausschließlich die Fahrten nach der Stadt besorgte, während Mike, an dem wieder ein Baumeister verloren gegangen war, sich ohne jegliche Beihilfe an die Errichtung der geplanten Erweiterungsbauten machte. Auch Frau Beff' war unermüdlich in ihrer Arbeit und bald bemutterte sie Steve vollständig. Es war ein ideales Handinhandarbeiten, und bis an Steves schwermütiges Wesen hätte eitel Sonnenschein auf das fleißige Dreiblatt niedergestrahlt.

Häufig mahnte Frau Beff' den Teilhaber, sich doch Ruhe zu gönnen; aber davon wollte Steve nichts wissen. „Ich muß für zwei schaffen, denn wir machen halbpart, und schenken will ich mir nichts lassen. Ich hätte ja anders sein können — aber wies nun mal ist, muß ich zuschauen, daß ich euch ein wenig von eurer Arbeit abnehme."

Steve Miller konnte wirklich nicht vergessen. Wenn er in den karg zubemessenen Feierstunden zu selbständigem Nachdenken kam, so stand augenblicklich Mabel vor ihm, und die bloße Erinnerung an sie brachte ihm die bittere Unrast wieder über ihn. Daß sein auf sie gesetztes Vertrauen so völlig zusammengebrochen war, konnte er noch immer ebensowenig fassen, als daß er fortan sich ohne sie behelfen mußte. Wohl gar dann sein ganzes Leben.

Wenn er mit dem leeren Marktwagen heimkutschierte, was in den Nachmittagsstunden eines jeden Wochentags geschah, machte er immer einen Umweg, der ihn die Nähe des Triangelgebäudes führte. Wenn er dann zu der langen Reihe blinder Fensterscheiben, hinter denen er Mabel weilen und arbeiten wußte, hinaufschaute, so erschien ihm das geliebte Mädchen unverständig und töricht. In einer solchen Schwitzbude sein junges Leben zu vergeuden, nur aus Furcht vor der ehrlichen gesegneten Arbeit der Gattin und Mutter! Statt auf der eigenen Scholle draußen in Gottes freier Natur als Herrin zu schalten und den sicheren Grundstein zu späterer Wohlhabenheit zu legen, im Frondienst moderner Sklavenhalter und ausschließlich für deren Geldbeutel in schlechter verpesteter Fabrikluft ein Schattendasein zu führen! (Fortsetzung folgt.)

kann. Ja, die Kinder nehmen sich den Apparat mit in das Bett und lassen sich drahtlos Märchen erzählen, die ein geschäftstüchtiger Onkel für sie bereit hält. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist nun eine völlige Anarchie, die zu schweren Störungen des ernsthaften drahtlosen Handelsverkehrs und Regierungsverkehrs geführt hat. Man beabsichtigt auch in den Vereinigten Staaten, die Auswüchse dieser Entwicklung zu beschneiden. Auch in Deutschland hat der Plan, die neue Erfindung der Volksbildung und Unterhaltung nutzbar zu machen, bereits feste Gestalt angenommen. Vermittels eines Lautsprechers ist es möglich, auch größere Versammlungen mit Vorträgen aller Art zu beglücken. Es hat sich eine Studiengesellschaft „Deutsche Stunde für drahtlose Belehrung und Unterhaltung" gebildet, die in diesem Winter, anfangs in zehn Städten, die Probe machen will, ob diese Veranstaltungen Anklang finden. Sogar ein Wochenprogramm ist bereits aufgestellt. Es liegt im Belieben und in der Phantasiekraft eines jeden Einzelnen, die Weiterentwicklung sich auszumalen. Der menschliche Geist hat wiederum ein Gebiet erschlossen, das gewaltige verwirrende Weitblicke in die Zukunft der Menschheit bietet.

Wie der Mensch den Alkohol erfand. Das Genießen alkoholischer Getränke ist auf der ganzen Erde außerordentlich verbreitet; selbst die primitivsten Völker kennen die berauschende Wirkung des Alkohols und wissen ihn zu schätzen. Diese auffallende Verbreitung ist sehr leicht dadurch zu erklären, daß die Natur selbst dem Menschen alkoholhaltige Getränke bereitet. Die Bildung von Alkohol beruht bekanntlich auf einem Gärungsvorgang; Hefepilze zersetzen den Zucker und erzeugen Kohlensäure und Alkohol. Hefepilze sind nun fast stets in der Luft vorhanden, so daß in zuckerhaltigen Flüssigkeiten Alkoholbildung erfolgen kann. Viele Naturvölker wissen den Honig zu schätzen; gar leicht kann es geschehen, daß Honigwasser stehen bleibt und in Gärung übergeht. Die brausende und kräftig schmeckende Flüssigkeit, die der neugierige Mensch trinkt, übt dann eine eigentümliche Wirkung aus, die zu weiteren Versuchen ermuntert. Das einfachste berauschende Getränk ist damit gefunden, von der Natur selbst geliefert, vom Menschen ohne großes Ueberlegen hingenommen. Ganz ähnlich sind die zahlreichen verschiedenen Arten von Palmweinen entstanden. Ein Zufall lehrte den Menschen die Wirkungen gegorener Palmen- und Agavensäfte kennen, schließlich wurden die Gärungsprozesse absichtlich herbeigeführt, ohne daß die Menschen natürlich wußten, um welche Vorgänge es sich dabei handelte. Etwas komplizierter ist schon die Bierbereitung, die auch in zahllosen Formen über die ganze Erde verbreitet ist. Als Grundlage dient hierbei die Stärke der Getreidearten usw. Diese Grundstoffe werden in vielen Gegenden gekaut; denn durch die Wirkung des Speichels wird Verzuckerung der Stärke herbeigeführt, so daß dann Vergärung zu Alkohol eintreten kann. Wie verschiedenartig auch die Verfahren sein mögen, immer zeigt sich, daß sie im Laufe langer Zeiten allmählich sich herausgebildet haben, nachdem ein glücklicher — oder ein unglücklicher — Zufall den Menschen auf diesen Weg gewiesen hat.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 5. Sept. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 41 Ochsen, 22 Bullen, 250 Jungbullen, 238 Jungrinder, 262 Kühe, 354 Kälber, 468 Schweine, 16 Schafe und 7 Ziegen. Unverkauft blieben 30 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 6—7000, 2. 5600—6300, Bullen 1. 6200—6500, 2. 5400—5800, Jungrinder 1. 6800—7100, 2. 5850—6550, 3. 5000—5600, Kühe 1. 4900—5400, 2. 4000—4500, 3. 2800—3500, Kälber 1. 8300 bis 8800, 2. 7650—8000, 3. 7000—7500, Schweine 1. 13 000 bis 13 400, 2. 11 000—12 550, 3. 11 200—11 800. Verlauf des Marktes bei Großvieh belebt, bei Kälbern und Schweinen mäßig belebt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 5. Sept. Ein Zusammenstoß der kommunistischen Jugend mit der deutschnationalen fand am Sonntag abend kurz nach 7 Uhr vor dem Hauptbahnhof statt. Beide Vereinigungen entstiegen dem Ulmer Zug. Die Kommunisten nahmen ihren Weg durch den Ausgang in der Schloßstraße und zogen mit ihren roten Fahnen unter Absingung ihres Leibliedes nach der Friedrichsstraße, wo gerade die deutschnationale Jugend mit ihrer Fahne den Bahnhof verließ. Diese stimmte sofort das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" an. Dies war nun das Zeichen zum Einsetzen eines wüsten Gejohles und Pfeifens seitens der Kommunisten, dem gleichzeitig ein Sturm auf die Fahne der Deutschnationalen folgte. Diese konnte mit Mühe im „Hause der Landwirte" geborgen werden. Die kommunistischen Trupps verließen sodann den Platz und zogen singend ab.

Stuttgart, 5. Sept. Die Süddeutsche Arbeiterzeitung vom 5. 9. 22 veröffentlicht unter der Ueberschrift „Waffentransporte" eine Meldung, wonach am letzten Montag ein größerer Waffentransport von Stuttgart nach Tübingen gegangen sein soll. Dieser Waffentransport soll mit den Vorbereitungen für die am kommenden Sonntag in Tübingen geplante Regimentsfeier im Zusammenhang stehen. Wie wir von zuständiger Seite hierzu erfahren, handelt es sich um einen Transport der Reichswehr, der nach Münsingen ging und für die augenblicklich dort stattfindenden Uebungen bestimmt war. Mit der Regimentsfeier in Tübingen steht die ganze Angelegenheit in keinerlei Zusammenhang.

Offenbach, 5. Sept. Ein Riesenbrand vernichtete die hiesige Rasierapparatefabrik Lohrber, die Schuhfabrik von Klein und die Metallwarenfabrik von Matthis bis auf die Grundmauern. Die herbeigeeilten Feuerwehren mußten ihre Tätigkeit auf die Lokalisierung des Brandherdes beschränken. Von den gesamten Vorräten und Einrichtungsgegenständen wurden nur etliche Möbel gerettet. Der Schaden wird auf etwa 15 Millionen Mark geschätzt.

Guben, 5. Sept. Vor einigen Tagen wurde in einer Botschaft in Berlin ein Diebstahl verübt, bei dem dem Täter über 3 Millionen an Geld und Wertsachen in die Hände fielen. Gestern ist der Täter von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um den 21jährigen Diener Noack aus Guben, der in der Nacht zum Montag nach Berlin gebracht wurde.

Berlin, 5. Sept. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags, der am Freitag zusammentritt, wird eine ganze Reihe wichtiger Dinge zu behandeln haben. Das Hauptthema dürften die Berliner Verhandlungen mit den Belgiern bilden. Man darf aber auch annehmen, daß das Abkommen zwischen Hugo Stinnes und Marquis de Lubersac behandelt werden wird.

Berlin, 5. September. Im Ueberwachungsausschuß des Reichstags wurden Besoldungsfragen behandelt. Im Verlauf der Debatte erklärte der Vertreter der Regierung, daß die Reichsregierung grundsätzlich bereit sei, in eine Nachprüfung des gesamten Besoldungsgesetzes sobald wie irgend angängig einzutreten. Hierauf stimmte der Ueberwachungsausschuß dem Gesetzentwurf über die neuen Teuerungszuschläge zu. Der Gesetzentwurf enthält das Resultat der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen am 4. September 1922. Da der Gesetzentwurf erst im Herbst dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden kann, war das Einverständnis des Ueberwachungsausschusses notwendig, um jetzt schon die Zahlungen an die Beamten usw. nach den neuen Sätzen vornehmen zu können. Die neuen Teuerungszuschläge betragen vom 1. Sept. 1922 ab zu dem Grundgehalt an Diäten und Ortszuschlägen, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10000 Mk. nicht übersteigen, 492 vom Hundert, im übrigen 437 vom Hundert, zu den Kinderzuschlägen 437 vom Hundert. Der Ueberwachungsausschuß stimmte alsdann den von der Reichsregierung bekanntgegebenen außerordentlichen Notstandsmaßnahnen für die Rentenempfänger, die Invaliden- und Angestelltenversicherung zu. Hiernach stellt das Reich für derartige außerordentliche Notstandsmaßnahmen eine Milliarde zur Verfügung wovon 940 Millionen an die Länder verteilt werden.

Berlin, 5. Sept. Das Kabinett und der Reichsrat haben der mit den Organisationen vereinbarten Erhöhung der Teuerungszuschläge ihre Zustimmung erteilt.

Berlin, 5. Sept. Nach Blättermeldungen ist in der neuen Königstraße Polizeioberwachtmeister Botschen von einem Unbekannten erschossen worden. Letzterem war der Revolver aus der Tasche gefallen. Der Oberwachtmeister wollte den Mann feststellen, als dieser den Revolver aufhob und den Polizeibeamten durch die Brust schoß. Botschen war sofort tot. Der Täter entkam zunächst, wurde aber dann in dem Saalbau am Friedrichshain unter einem Garderobetisch versteckt vorgefunden. Auf dem Transporte nach dem Polizeirevier durch Polizisten versuchte das erregte Publikum, an dem Verbrecher Lynchjustiz zu üben. Die Beamten hatten Mühe ihn zu schützen. Auf der Treppe zum Polizeirevier brach er bewußtlos zusammen. Er wurde nach der nächsten Rettungsstelle verbracht, wo der Tod festgestellt wurde. Nach einer Nachricht soll er Gift genommen haben, als er sich entdeckt sah. Die Persönlichkeit ist unbekannt. Es wurde russisches Geld bei ihm gefunden, ferner eine Kriminaldienstmarke.

Wer sein Heimatblatt

abbestellt, verliert die Verbindung mit der Außenwelt. Jeder, der sich für die Tagesereignisse interessiert, sollte wenigstens eine Zeitung, den — — „Enztäler", lesen. — —

Berlin, 5. Septbr. Wie die „P. P. N." erfahren, geht das gemeinsame Aktionsprogramm, auf dessen Grundlage sich Sozialdemokratische Partei und Unabhängige vereinigen sollen, von dem Grundsatz aus, daß der Kapitalismus sich als unfähig erwiesen habe, der Menschheit Frieden, Freiheit und Brot zu bringen und daß nur der Sozialismus die wirtschaftlichen Nöte der Welt überwinden kann. Die einzelnen Forderungen gliedern sich in sechs Abschnitte. Der erste Abschnitt enthält die verfassungsrechtlichen Forderungen der Arbeiterklasse. Es folgen die Forderungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik, unter denen besonders die Erfassung der Sachwerte und die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung hervorzuheben sind. Hierbei ist auch besonders gedacht an die Mitwirkung der Genossenschaften und ihre Unterstützung von Staats wegen verlangt. Der dritte Absatz gilt der Reform der Justiz, der Ausdehnung des Laienrichtertums, der Abschaffung der Todesstrafe u. der völligen rechtl. Gleichstellung auch in der Ehe u. im sonstigen bürgerlichen Recht. Nach den Forderungen für die Sozialpolitik und die Gesundheitspflege schließt das Aktionsprogramm mit einigen Leitsätzen für die Außenpolitik, in denen die Reparationspflicht im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit erneut auch als sittliche Pflicht des deutschen Volkes bezeichnet wird. Das Aktionsprogramm verwirft nachdrücklich jede Betätigung, die auf Zerreißung oder Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung hinausläuft und stellt fest, daß nur durch einheitlich geschlossenen Kampf die arbeitende Klasse ihre historische Sendung erfüllen könne.

Hirschberg, 5. Sept. Die Arbeiter in den Textilfabriken des Hirschberger Tales sind wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Königsberg, 5. September. Die am 27. August eröffnete, von den Vertretern Finnlands, Estlands und Lettlands besuchte baltische Konferenz gelangte in allen Fragen der Politik der baltischen Staaten zum Völkerbund zu einer völligen Einigung. Der finnländische Vertreter präzisierte den Standpunkt Finnlands dahin, daß es sich der Interessengemeinschaft der baltischen Staaten lebhaft bewußt sei und die auf einheitliche Relationen basierende Zusammenarbeit fortsetzen wolle. Der polnische Vertreter wohnte zu Informationszwecken der Sitzung bei.

Genf, 5. Sept. Der Völkerbundsrat bestätigte für ein neues Jahr das Mandat des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes, Dr. Hector, trotz der gewaltigen Protestkundgebungen, die im ganzen Saargebiet gegen Hector stattgefunden haben.

Paris, 5. Sept. Havas meldet aus Angora, im Gebiet von Eski-Schehir seien ungefähr 200 Geschütze erbeutet worden. Der Fall der Stadt Uschak bestätige sich. Die Verluste der Griechen werden auf etwa 12000 Mann geschätzt.

Brüssel, 4. Sept. Von den französischen orientierten Zeitungen „Soir" und „National" wird momentan gegen angebliche „Konzessionen" der in Berlin verhandelnden belgischen Bevollmächtigten Front gemacht. „Die Garantien für die Zahlungsanweisungen müssen scharf und unantastbar sein", schreibt „Soir", „wir werden nicht zulassen, daß von den Deutschen Wasser in den Wein gegossen wird. In flämischen Blättern spricht man jetzt von einer Schlappe Poincares; Pariser Berichterstatter dieser Zeitungen veröffentlichen Mitteilungen über die Gefährdung Poincares durch die rechte Opposition Tardieus. Die Antwort die Poincare auf das Protestschreiben des Deputierten Klotz gegeben hat, wird als unzureichend angesehen. Man macht dem Kabinettchef zum Vorwurfe, daß er sich von Dubois überrumpeln ließ.

Kopenhagen, 5. Sept. Als der deutsche Kutter „Undine" aus Wismar mit dem Oberleutnant Richard Otto und den beiden Brüdern Nische an Bord gestern in den Bürgerhafen einlief, schlug beim Einziehen des Segels der Mast um. Oberleutnant Otto wurde dadurch über Bord geworfen und ertrank.

London, 5. Sept. Ein Telegramm der „United Preß" aus Washington meldet, daß die amerikanische Regierung den ersten Schritt zu einem Eingreifen in die Finanzen Europas unternommen habe. Die amerikanische Regierung habe angeregt, daß zwischen den Notenbanken der valutastarken Länder England, Japan, Holland, Skandinavien und Spanien Verhandlungen eingeleitet werden sollen, die auf eine Stabilisierung der internationalen Wechselkursen abzielen. Die Verhandlungen haben bereits vor einigen Wochen auf Anregung des Präsidenten Harding begonnen und werden nötigerweise zu einer allgemeinen Finanzkonferenz führen. Es wird nicht angenommen, daß die Vereinigten Staaten einen bestimmten Plan in dieser Frage vorlegen wollen, aber in unterrichteten amerikanischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, das dieser Schritt nur die Einleitung für weittragende Maßnahmen Amerikas sei. Eine Bestätigung dieser Meldung von anderer Seite liegt noch nicht vor.

London, 5. Sept. Reuter meldet aus Smyrna: Der türkische Vormarsch dauert an der ganzen Front an. Die griechischen Truppen ziehen sich kampflos zurück. Beim Rückzug werden die Städte und Dörfer im Innern niedergebrannt. Tausende von christlichen Flüchtlingen nähern sich Smyrna.

Protest der Zeitungsverleger gegen die Handhabung des Zeitungsverbots.

Berlin 5. Sept. In der am 2. und 3. September in Weimar abgehaltenen Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen e. V.) wurde folgende Protestresolution beschlossen: Namens der von ihm dazu ausnahmslos vertretenen politischen Tageszeitungen Deutschlands hatte der Verein Deutscher Zeitungsverleger aus Anlaß der Beratungen über das Gesetz zum Schutze der Republik der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, die Handhabung der Bestimmungen des Gesetzes werde auf die besondere Eigenart der Verhältnisse und Aufgaben der deutschen politischen Tagespresse die unbedingt erforderliche Rücksicht nehmen. Diese Erwartung hat getäuscht. Die Verwaltungspraxis hat vielmehr in zahlreichen Fällen Verbote auf Grund des Gesetzes ausgesprochen, ohne daß nach der Ueberzeugung der sachverständigen Presseorganisationen der gesetzliche Tatbestand für ein Verbot vorlag. Da die bisher bei den beteiligten Regierungsstellen unternommenen Schritte ohne Erfolg gewesen sind, sieht sich der Verein Deutscher Zeitungsverleger mit seinen das ganze Reich umfassenden Zweigvereinen nunmehr genötigt, die gesamte Oeffentlichkeit auf die Krise aufmerksam zu machen. Das bisherige Vorgehen der Verwaltungsbehörden muß in nächster Zukunft zu einer Unterbindung jeglicher wirkungsvollen kritischen Besprechung, zu schließlicher Unfruchtbarkeit des politischen Lebens und völliger Lähmung jeder öffentlichen Betätigung aller Volkskreise führen und damit der Verfassung des Reiches die Grundlagen entziehen. Angesichts dieser Gefahren rufen die bevollmächtigten Vertreter der deutschen Zeitungsverlegerschaft, besonders auch die den Regierungsparteien nahestehenden Zeitungen, Regierungen und Parlamente zu beschleunigter Abhilfe auf.

Der Wortlaut des Abkommens zwischen Stinnes und de Lubersac.

Berlin, 5. Sept. Das zwischen Herrn Stinnes und Herrn de Lubersac am 30. August in Paris bzw. am 4. September in Berlin unterzeichnete Materiallieferungsabkommen lautet in seinen wesentlichen Punkten:

1. Herr Stinnes schlägt vor und Herr de Lubersac akzeptiert als Vermittlungsstelle für die Ausführung der Sachlieferungen die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Essen a. R. gemäß dem Abkommen von Wiesbaden und Berlin.

2. Die Hoch- und Tiefbau-A.-G. ist berechtigt, zur Deckung der allgemeinen Unkosten und als Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der in keinem Fall 6 v. H. des Preises überschreiten darf, den sie in Deutschland für die gelieferte Ware zu bezahlen hat. Der betreffende Aufschlag wird in die Summe eingerechnet, die Deutschland für die Sachlieferungen gutgeschrieben wird.

3. In diese Summe, die Deutschland gutgeschrieben wird, sollen auch die Unkosten einbegriffen sein, die der Hoch- und Tiefbau aus Leistungen entstehen, die zur Finanzierung dieses Betrages seitens der Hoch- und Tiefbau mit einem Bankkonsortium unter Führung der Dresdner Bank vereinbart werden.

4. Herr de Herbemont, der Präsident der Confederation des Cooperative de Reconstruction hat bei Beginn dieser Verhandlungen sich mit der Dresdner Bank in Verbindung zu setzen zwecks Zustimmung zu dem Vertrag der Hoch- und Tiefbau.

5. Die Materialien werden durch eine Kommission der Hoch- und Tiefbau geprüft und die Confederation wird in der Prüfungskommission vertreten sein. Diese hat das Recht, die Materialien anzunehmen oder abzulehnen. Die in Deutschland

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

geprüften und abgenommenen Materialien dürfen in Frankreich nicht zurückgewiesen werden.

6. Die Hoch- und Tiefbau wird unter ihrer Verantwortung die Bestellungen gemäß den bestehenden Vorschriften der deutschen Regierung verteilen. Die Hoch- und Tiefbau verpflichtet sich, die Bestellungen nur an solche deutsche Firmen zu vergeben, die der Confederation bekannt sind.

7. Unter Vorbehalt der Prüfung und Annahme in punkto Beschaffenheit und Preis erklärt Herr Stinnes, daß es zur Durchführung der Lieferungen des Baumaterials, wie Zement, Ziegelsteine, Kalk und Dachziegel nötig sei, daß ein bestimmter Prozentsatz von den monatlichen von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlenmengen freigegeben werden müsse. Dieser Prozentsatz müsse dem für die Fabrikation dieser Materialien unbedingt notwendigen Verbrauch entsprechen. Die Verteilung dieser Kohle auf die verschiedenen Betriebe wird Sache der Firma Hugo Stinnes in Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat sein. Eine Kommission wird gemeinschaftlich den Kohlenverbrauch für die Erzeugung der Materialien festsetzen. Herr de Lubersac erklärt, daß Voraussetzung für die wirksame Durchführung der Sachlieferungen der Preis ist, der keinesfalls den vom französischen Markt für die betreffenden Materialien verlangten übersteigen darf, da die Kriegsentschädigung der französischen Geschädigten demgemäß festgesetzt worden sei.

8. Wenn Verträge zu festen Preisen abgeschlossen sind, so sind beide Parteien zur Abwicklung derselben verpflichtet. Es wird Wert darauf gelegt, daß die Verträge zu festen Preisen auf französische Papierfranken lauten. Sind die Verträge zu gleitenden Preisen abgeschlossen, so hat die Confederation das Recht, einzuschreiten, wenn der Preis am Lieferungstag franko Bestimmungsbahnhof des zerstörten Gebietes höher ist, als der an diesem Tage auf dem französischen Markte geltende Preis für dasselbe Material. Der deutsche Lieferer hat aber ebenfalls das Recht des Einspruchs.

9. Es herrscht Uebereinstimmung, daß dieses Abkommen dann gilt, wenn die Waren unter dem Titel Sachlieferungen nach dem französischen Mindestzoll verzollt werden.

10. Die Dauer des vorstehenden Abkommens entspricht derjenigen des Abkommens von Wiesbaden und Berlin, doch müssen die Verträge, welche gemäß diesem Abkommen geschlossen werden, auf jeden Fall entsprechend den Bedingungen des genannten Abkommens ausgeführt werden.

11. Sollten Schwierigkeiten bei der Durchführung einer der Bestimmungen der gegenwärtigen Vereinbarungen eintreten oder sollte höhere Gewalt die Ausführung verhindern, so werden Herr Stinnes und Herr de Lubersac mit größter Beschleunigung zusammenkommen, um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen.

12. Herr Stinnes und Herr de Lubersac verpflichten sich, diese Vereinbarungen und ihre Erklärungen ihren Regierungen mitzuteilen.

13. Diese Vereinbarungen setzen die am 14. August 1922 auf der Heimburg getroffenen Verträge außer Kraft. Sie gelten vorbehältlich der Genehmigung der Confederation.

Berliner Pressestimmen zum Abkommen Stinnes-Lubersac.

Berlin, 5. Sept. Der jetzt im Wortlaut vorliegende Wiederaufbauvertrag Stinnes-Lubersac findet in der Berliner Presse im allgemeinen eine günstige Aufnahme. Man begrüßt es mit Genugtuung, daß nunmehr in Frankreich selbst zunächst einmal wenigstens innerhalb der Vereinigung der Geschädigten des zerstörten Gebietes die Einsicht dämmert, daß nur gemeinsame wirtschaftliche Zusammenarbeit die großen Schwierigkeiten überwinden kann, die dem Wiederaufbau im Wege stehen. Das volksparteiliche Organ „Die Zeit" nennt den Vertrag ein hochbedeutsames Abkommen, das große Entwicklungsmöglichkeiten in sich schließt. Die „Vossische Zeitung" meint, hier sei endlich ein erfreulicher Anfang der Beseitigung der Hauptursache für die deutsch-französischen Gegensätze gegeben. Nur die sozialistischen Blätter sehen in dem Abkommen ein von den Großkapitalisten auf Kosten des Staates abgeschlossenes einträgliches Geschäft. Der „Vorwärts" schreibt: „Der Wiederaufbauvertrag mit seiner künstlichen Verteuerung aller Lieferungen zu Gunsten weniger Privat-Produzenten und einiger deutscher Finanzgroßmächte zerstört für die nächsten Jahre jede Hoffnung auf eine sparsame Wirtschaft."

Wie man jetzt erfährt, reichen die ersten Versuche zu dem Stinnes-Abkommen mit Frankreich in den November vorigen Jahres zurück. Damals wurde, wie der „Lokalanzeiger" mitteilt, von französischer Seite die Fühlung mit Herrn Stinnes aufgenommen. Auch der englische Premierminister war damals, und zwar von Herrn Stinnes, persönlich hierüber unterrichtet worden. In die Zwischenzeit fiel ein gleiches Anerbieten, das seitens der französischen Großindustrie an Herrn August Thyssen gemacht wurde, das aber nicht zustande kam. Es heißt, daß die Interessenvertretung der geschädigten französischen Provinzen demnächst die hervorragendsten Vertreter der deutschen Industrie zum Besuch der zerstörten Gebiete einladen werde und nach der „Vossischen Zeitung" steht es fest, daß, falls eine solche Einladung ergehen sollte, sehr namhafte deutsche industrielle Persönlichkeiten ihr Folge leisten werden, zumal Aussicht dafür besteht, daß gleichwertige französische Industrielle an dieser Zusammenkunft teilnehmen. Wie wir ferner hören, werden bereits heute dem Präsidium des Reichsverbands der deutschen Industrie und morgen dem Vorstand desselben Verbands die Verträge und Pläne zur Begutachtung vorgelegt und die Aufforderung zu weitgehender Mitarbeit deutscher Unternehmungen übermittelt werden.

Oesterreich und der Völkerbund.

Paris, 5. Sept. Die gestern veröffentlichte Tagesordnung des Völkerbundes nennt u. a. als ersten Verhandlungsgegenstand die Beschäftigung mit der Lage in Oesterreich. Diese Frage wird unter den verschiedenen politischen Fragen genannt, die der Versammlung zur Debatte vorliegen. Der österreichische Kanzler, der in Genf angekommen ist, hatte bereits eine Reihe Besprechungen mit den Delegierten und es wird, wie hier verlautet, einen positiven Plan unterbreiten, der Mittwoch der Versammlung vorgelegt wird. Er wird dann für die Gesundung der österreichischen Finanzlage einen sofortigen Kredit von 60 Millionen Dollars fordern, der von den einzelnen Staaten nicht direkt geleistet, aber garantiert werden soll. In einer Unterredung mit dem Korrespondenten des „Petit Parisien" hat der Kanzler die außerordentliche Tragweite des österreichischen Problems dargelegt und von seinen Beratungen in Prag, Berlin und Verona gesprochen. Der Kanzler betonte, daß die letzte Entscheidung der Konferenz in London, Oesterreich neuerdings an den Völkerbund zu verlassen, einer Vertagung des österreichischen Problems gleichkomme, so daß nach den schlimmen Enttäuschungen, die Oesterreich bereits in seinen Kreditbemühungen erfahren hatte, ein allgemeiner Pessimismus eingetreten sei. Der Kanzler erinnerte daran, daß z. B. die Befreiung der österreichischen Aktiva, die vom früheren Kanzler Mayer in London schon einmal im Mai 1922 vom Obersten Rat verlangt worden sei, erst im August 1922 schließlich bewilligt worden sei. Unter diesen Umständen habe man in Oesterreich nur sehr wenig Hoffnung, daß der Völkerbund wirklich die Mittel für eine Hilfsaktion für Oesterreich zustande bringe. Es müsse aber schon heute darauf hingewiesen werden, daß eine neue negative Entscheidung unvermeidlich das österreichische Problem, das gegenwärtig noch ein wirtschaftliches sei, in ein politisches verwandeln würde. Die Eventualität sei vom Kanzler schon in seinen Besprechungen von Prag, Berlin und Verona in Aussicht genommen worden. Es ist zweifellos, daß eine solche Möglichkeit auch Rückwirkungen auf die mitteleuropäische Lage mit sich bringen würde. Das Resultat dieser Konferenzen könne dahin zusammengefaßt werden, daß die betreffenden Staatsmänner der österreichischen Frage nunmehr politische Bedeutung beimessen. Der Ton, in dem man den Kanzler nochmals an den Völkerbund verwies, läßt immerhin darauf schließen, daß man sich jetzt nicht mehr mit der theoretischen Prüfung der österreichischen Frage begnügen werde. Wenn aber neuerdings der Völkerbund die österreichische Frage vertagen sollte, indem er theoretische Untersuchungen verfüge, oder neue Kommissionen ernennen sollte, so sei Oesterreich entschlossen, andere politische und realistische Lösungen zu verwirklichen, die von Oesterreich jetzt schon in Aussicht genommen worden seien.

Forstamt Enzklösterle.

Nadel-Stammholz-Verkauf

im mündlichen Aufstreich

am **Donnerstag, 14. Sept. 1922, nachm. 3 Uhr,** unmittelbar nach Ankunft des Postautos von Wildbad her, im „Waldhorn" in Enzklösterle aus dem Staatswald: **Forchen:** Langholz: Fm.: 35 I., 136 II., 196 III., 94 IV., 48 V., 7 VI.; Sägh.: Fm.: 12 I., 35 II., 8 III.; **Fichten und Tannen:** Langh.: Fm.: 63 I., 77 II., 86 III., 42 IV., 44 V., 13 VI.; Sägh.: Fm.: 16 I., 29 II., 7 III. Klasse. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Tuberkulösen-Fürsorgestelle.

Am Samstag, den 9. Sept. **fällt d. Sprechstunde aus.**

Neuenbürg.

Jüngere

Hilfsarbeiter

z. Einlernen für meine Gießerei und Schleiferei gesucht.

Fr. Waldbauer.

Schömberg.

Setze zwei

Läuferschweine

dem Verkauf aus, unter drei die Wahl.

Georg Maisenbacher, Schuhmacher.

Zwei neue

Betten

zu verkaufen, geeignet für Aussteuer.

Ringstraße Nr. 3, part. **Pforzheim.**

H. M.

Heute abend „Ochsen".

Wir drucken

Kataloge, Preislisten, Broschüren, Prospekte, sowie alle sonstigen für den Geschäfts-Bedarf nötigen Druckarbeiten in vornehmer und zweckentsprechender Ausstattung.

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inh. D. Strom

Neuenbürg, Fernsprecher Nr. 4.

Jagdhündin! Verlaufen

hat sich meine deutsche kurzhaarige **Hündin** auf dem Wege Grunbach—Salmbach. Abzugeben gegen Belohnung bei

Fr. Hochmuth, Jagdaufseher in **Würm.**

Ordentliches

Mädchen,

nicht zu jung, für kl. Haushalt gesucht, Anfangslohn 800 Mk.

Höhne, Pforzheim, Schloßberg 1, Ecke Marktplatz (Laden).

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma **Baer & Blend,** Karlsruhe i. B.

5	Proz.	Kriegsanleihe . .	77 1/8	Allgem. El. Akt.	788
4	„	Bad. Eisenb. Anl.	72 1/8	Paketfahrt „	705
3 1/2	„	do. conv.	80 1/4	Nordd. Lloyd Akt.	510
4	„	Bayern	86 1/8	Phönix Akt.	2955
4	„	Württemberger .	82 1/2	Bad. Anilin u. Soda Akt.	1598
				Deutsche Kali-Akt. . . .	2200

Devise Schweiz 1 Francs = Mk. 276.50
„ Holland 1 Gulden = Mk. 569.—

Wildbad.

Jüngeres, zuverlässiges

Mädchen

zu 1 Kind für sofort gesucht.

Frau **Kilzer,** Hotel Sonne.

Wegen Verheiratung meines jetzigen Mädchen, tüchtiges

Mädchen

gesucht, das kochen kann und Hausarbeit übernimmt.

Frau **B. Stern, Karlsruhe,** Karackanlage 11.

Luise Bentz
Karl Gaiser

Verlobte

Heidelberg **Pforzheim** Ebersteinstrasse 12.

September 1922.

Statt Karten.

Für die vielen, vielen Beweise herzlicher Teilnahme von nah und fern an unserem schweren Verluste, der zahlreichen Beteiligung zur letzten Ruhestätte, dem Gesangverein und Leichenchor für die schönen Gesänge, für die Kranzniederlegungen des Militärvereins und der Bäcker-Innung am Grabe sagt im Namen der ganzen Familie innigen Dank

Frau Pauline Harzer,
geb. Funk.

Herrenalb, den 5. Sept. 1922.

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg.

Birkenfeld.

Maschinist

für 100 PS-Lokomobile sofort in dauernde Stellung gesucht.

Oskar Schenck.